Wolfgang Benz

Die Dimension des Völkermords

Einleitung

I.

Über die Zahl der ermordeten Juden wird seit dem Ende des NS-Staats diskutiert, und die Dimension des Problems wird unter apologetischer Tendenz interessierter Kreise bekanntlich in Frage gestellt. Einer mathematisch-exakten Beweisführung, die in der Feststellung genauer Zahlenangaben münden würde, stehen erhebliche quellenmäßige und methodische Schwierigkeiten gegenüber, die gewöhnlich unterschätzt, aber als Beweis für vermutete politische Absichten oder für die Unfähigkeit der Historiker gerne benutzt werden. Absicht des vorliegenden Bandes ist es daher vor allem, neben der Darlegung der gesicherten Erkenntnisse die Probleme aufzuzeigen, die der Bestimmung einer absoluten Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus entgegenstehen.

Die zahlenmäßige Dimension des Völkermords wurde zuerst von der Täterseite ins Gespräch gebracht, Mitarbeiter und Kameraden Adolf Eichmanns, des für die Deportation zur Vernichtung zuständigen Referatsleiters im Reichssicherheitshauptamt (RSHA), gaben den Historikern die frühesten Hinweise zur Größenordnung des Genozids. Im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß berichtete Dr. Wilhelm Hoettl, ehemals SS-Sturmbannführer und Referent im Amt VI (Auslandsnachrichtendienst) des RSHA und zuständig für Südosteuropa, über eine Unterhaltung, die er Ende August 1944 in Budapest gehabt hatte. Unter Eid erklärte Hoettl am 26. November 1945 vor dem Internationalen Tribunal, Eichmann sei damals zur Überzeugung gekommen, „daß der Krieg nunmehr für Deutschland verloren sei und er damit für seine Person keine weitere Chance mehr habe. Er wisse, daß er von den Vereinigten Nationen als einer der Hauptkriegsverbrecher betrachtet würde, weil er Millionen von Judenleben am Gewissen habe. Ich fragte ihn, wieviele das seien, worauf er antwortete, die Zahl sei zwar ein großes Reichsgeheimnis, doch würde er sie mir sagen, da ich auch als Historiker dafür Interesse haben müßte und er von seinem Kommando nach Rumänien wahrscheinlich doch nicht mehr zurückkehren würde. Er habe kurze Zeit vorher einen Bericht für Himmler gemacht, da dieser die genaue Zahl der getöteten Juden wissen wollte. Er sei auf Grund seiner Informationen dabei zu folgendem Ergebnis gekommen: In den verschiedenen Vernichtungslagern seien etwa vier Millionen Juden getötet worden, während weitere zwei Millionen auf andere Weise den Tod fanden, wobei der Großteil davon durch die Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei während des Feldzuges gegen Rußland durch Erschießen getötet wurde. Himmler sei mit

dem Bericht nicht zufrieden gewesen, da nach seiner Meinung die Zahl der getöteten Juden größer als 6 Millionen sein müsse.“¹

Am 3. Januar 1946 gab Dieter Wisliceny, ein ehemaliger enger Mitarbeiter Eichmanns und als solcher verantwortlich für die Massendeportationen von Juden aus der Slowakei, Griechenland und Ungarn, in der Vernehmung für den Nürnberger Prozeß auf die Frage nach der Zahl der getöteten Juden zu Protokoll, Eichmann habe immer von mindestens vier Millionen gesprochen, „manchmal nannte er sogar die Zahl von fünf Millionen“. Er habe Eichmann zuletzt Ende Februar 1945 in Berlin gesehen, Eichmann habe gesagt, er würde Selbstmord begehen, wenn der Krieg verloren sei. Auf die Frage des vernehmenden Offiziers, ob Eichmann etwas über die Zahl der getöteten Juden gesagt habe, antwortete Wisliceny: „Ja, er drückte das in einer besonders zynischen Weise aus. Er sagte: Er würde lachend in die Grube springen, denn das Gefühl, daß er fünf Millionen Menschen auf dem Gewissen hätte, wäre für ihn außerordentlich befriedigend.“²

Eichmann hat, als man ihn mit diesen Aussagen bei seinem Prozeß in Jerusalem 1961 konfrontierte, viel dazu geredet und geschrieben, abgeschwächt und argumentiert, aber er hat diese Gespräche und die zitierte Größenordnung des Völkermordes im Grunde nicht geleugnet.³

Die historische Forschung ist allerdings nicht angewiesen auf die Geständnisse oder Bestätigungen der Täter. Für die Ermittlung und Berechnung der Dimension des nationalsozialistischen Völkermords stehen originale und unanfechtbare Quellen zur Verfügung, freilich bleiben die Schwierigkeiten trotzdem ganz beträchtlich. Denn ein wesentlicher Teil der Mordaktionen spielte sich im Dunkeln ab, getarnt durch die Sprachregelung „Endlösung“, getarnt durch abgelegene Orte; die Entstehung schriftlicher Beweise wurde verhindert oder die Beweise der Verbrechen wurden in letzten Anstrengungen des NS-Regimes noch vernichtet. So wird es bei aller Akribie zwar nie möglich sein, eine absolute Zahl zu nennen, die darauf beruhen würde, daß alle Toten einzeln gezählt sind, aber es ist möglich, die Größenordnung jenseits aller Spekulation zu konstatieren, und zwar als Minimum wie als Maximum.

Ein erst kürzlich aufgefundenes Dokument, eine Zusammenstellung „Die Judenfrage“, die offensichtlich aus Anlaß eines Vortrags beim Reichsführer SS Heinrich Himmler über Siedlungsfragen im Osten angefertigt wurde, gibt einen ebenso früh datierten – Dezember 1940 – wie originären Hinweis auf die Zahl der Juden, die einer „Endlösung“ zugeführt werden sollten. Überdies – und darin liegt der besondere Reiz des Schriftstücks – ist dort auch von einer „Anfangslösung“ die Rede, und zwar „durch Überführung der Initiative von den jüdisch-politischen Organisationen zur Sicherheitspolizei und SD“. Der zweite Hauptpunkt dieses Dokuments, überschrieben „Die Endlösung der Judenfrage“, lautet: „Durch Umsiedlung der Juden aus dem europäischen Wirtschaftsraum des deutschen Volkes in ein noch zu bestimmendes Territorium. Im Rahmen dieses Projektes kommen rund 5,8 Millionen Juden in Betracht.“⁴

¹ Nbg. Dok. PS 2738.

² IMT, Bd. IV, S. 393–414; auch Eichmann-Prozeß, Archiv Institut für Zeitgeschichte.

³ Ebenda; vgl. auch Ich, Adolf Eichmann. Ein historischer Zeugenbericht, hrsg. von Rudolf Aschenauer, Leoni 1980, S. 471 ff.

⁴ Vortrag über Siedlung, Dezember 1940, BA, NS 19/3979; für den Hinweis auf dieses Dokument bin ich Herrn Oberarchivrat Dr. Josef Henke, der die bisher unbekannte Akte entdeckte, zu vielem Dank verpflichtet.

Abgesehen von der darin genannten Zahl mag das Schriftstück auch als ein weiteres Indiz dafür gelten, daß die beabsichtigte Vernichtung der Juden kein Ergebnis zufälliger Entwicklungen⁵, nicht das Produkt von Krisen und Engpässen im Krieg oder Folge der Erkenntnis gewesen ist, daß nach den Fehlschlägen vom Jahresende 1941 der Ostfeldzug – und damit der Krieg – für die Nationalsozialisten verloren war.⁶

Auch bei der Wannseekonferenz 1942 wurden Zahlen genannt – und was mit den Tarnbezeichnungen wie Umsiedlung, Endlösung usw. gemeint war, wußten alle Beteiligten –, schließlich existiert als eine der wichtigsten statistischen Quellen der Bericht des Inspektors für Statistik, Richard Korherr, dem zu entnehmen ist, daß die nationalsozialistische Judenpolitik bis 31. März 1943 schon mehr als 2 1/2 Millionen Opfer gefordert hatte. Korherr machte bei seinen Berechnungen zur „Endlösung der europäischen Judenfrage“ die einleitende Feststellung „Jüdische Bestandszahlen sind im allgemeinen nur als Mindestzahlen zu werten, wobei der Fehler mit geringerem jüdischen Blutanteil immer größer wird“, und er wies generell darauf hin, daß Statistiken zur jüdischen Bevölkerung „immer mit Vorbehalt aufzunehmen“ seien. Die Statistik habe, „teils als Notbehelf, teils wegen der weitgehenden Übereinstimmung zwischen jüdischer Rasse und jüdischem Glauben, teils im konfessionellen Denken des letzten Jahrhunderts befangen, bis zuletzt die Juden nicht nach ihrer Rasse, sondern nach ihrem religiösen Bekenntnis erfaßt“.⁷

In diesem Zusammenhang bemerkenswert ist auch eine Sprachregelung, die Himmler durch seinen Adjutanten dem Statistiker Korherr übermitteln ließ. Er wünschte ausdrücklich, „daß an keiner Stelle von ‚Sonderbehandlung der Juden‘ gesprochen wird“. Es müsse vielmehr folgendermaßen heißen: „Transportierung von Juden aus den Ostprovinzen nach dem russischen Osten: Es wurden durchgeschleust

⁵ Zur Gesamtproblematik vgl. Eberhard Jäckel/Jürgen Rohwer (Hrsg.), *Der Mord an den Juden im Zweiten Weltkrieg. Entschlußbildung und Verwirklichung*, Stuttgart 1985. Der Band faßt die Ergebnisse einer Konferenz zusammen, bei der im Mai 1984 die Vertreter der verschiedenen Richtungen das Problem diskutierten, zu welchem Zeitpunkt mit welcher Intention die „Endlösung“ in Gang gesetzt wurde. Zur Vorgeschichte gehört die absurde Behauptung David Irving, aus der Tatsache, daß kein schriftlicher Befehl Hitlers existiert, sei zu schließen, daß die Judenvernichtung ohne Wissen des „Führers“ erfolgt sei. Dieses Konstrukt widerlegte Martin Broszat: *Hitler und die Genesis der „Endlösung“*. Aus Anlaß der Thesen von David Irving, in: *VfZ* 25 (1977), S. 739–775. Gegen die dort in einer „tour de force“ entwickelte Theorie, die „Endlösung“ sei gar nicht geplant, vielmehr das Produkt von Sachzwängen und Krisen gewesen, nahm Christopher R. Browning Stellung: *Zur Genesis der „Endlösung“*. Eine Antwort an Martin Broszat, in: *VfZ* 29 (1981), S. 97–109. Vgl. auch Christopher R. Browning, *The Final Solution and the German Foreign Office. A Study of Referat D III of Abteilung Deutschland 1940–43*, New York 1978; ders., *Fateful Months. Essays on the Emergence of the Final Solution*, New York 1985; gegen die Folgerungen von Broszat argumentiert auch Hermann Graml, *Zur Genesis der „Endlösung“*, in: Ursula Büttner (Hrsg.), *Das Unrechtsregime. Internationale Forschung über den Nationalsozialismus*, Bd. 2, Hamburg 1986, S. 2–18; nicht überholt ist der große Überblick – ursprünglich als Gutachten im Frankfurter Auschwitz-Prozess vorgetragen – von Helmut Krausnick, *Judenverfolgung*, in: Buchheim/Broszat/Jacobsen/Krausnick, *Anatomie des SS-Staates*, Bd. II, Olten und Freiburg 1965, S. 283–448. Die Verantwortung Hitlers mit guten Argumenten nachweisend und die „Endlösung“ als integralen Bestandteil des NS-Staats begreifend: Gerald Fleming, *Hitler und die Endlösung*. „Es ist des Führers Wunsch ...“, Wiesbaden 1982; vgl. auch Wolfgang Scheffler, *Zur Entstehungsgeschichte der „Endlösung“*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 30.10.1982, S. 3–10; ein Gesamtkonzept jenseits des Standorts im intentionalistischen oder funktionalistischen Lager bot Yehuda Bauer unlängst beim Internationalen Symposium „Der nationalsozialistische Krieg“ in Pforzheim (September 1989) in seinem Referat: *Antisemitismus und Krieg*. Vgl. auch Raul Hilberg, *Tendenzen in der Holocaust-Forschung*, in: Walter H. Pehle (Hrsg.), *Der historische Ort des Nationalsozialismus. Annäherungen*, Frankfurt a. M. 1990.

⁶ Dies die These bei Arno J. Mayer, *Der Krieg als Kreuzzug. Das Deutsche Reich, Hitlers Wehrmacht und die Endlösung*, Reinbek 1989.

⁷ Die Endlösung der europäischen Judenfrage. Statistischer Bericht, Richard Korherr, Inspekteur für Statistik, Nbg. Dok. NO 5193; ergänzende Materialien im Archiv IfZ.

durch die Lager im Generalgouvernement ... durch die Lager im Warthegau ...“ Eine andere Formulierung dürfe nicht genommen werden, und sogar das von Himmler bereits abgezeichnete Exemplar des statistischen Berichts wurde mit dem Auftrag, die entsprechende Stelle zu ändern, noch einmal zurückgereicht.⁸ Der Korherr-Bericht bietet Anhaltspunkte für Berechnungen der Gesamtzahl der jüdischen Opfer mit statistischen Methoden. Dies exemplifiziert und die Ergebnisse zu einer überzeugenden Gesamtbilanz zusammengefügt zu haben, ist das Verdienst von George Wellers. Seine Studie gehört neben den großen Arbeiten von Reitlinger und Hilberg zu den Pioniertaten bei der Erforschung unseres Problems.⁹

Neben dem Korherr-Bericht steht der historischen Forschung eine genuine Quelle zum Judenmord zur Verfügung, die Angaben auch in statistischen Größenordnungen enthält, die in vollkommener Eindeutigkeit von ermordeten Menschen handeln. Es ist die Berichterstattung der Einsatzgruppen über die Judenvernichtung vor allem in der Sowjetunion. Helmut Krausnick und Hans-Heinrich Wilhelm haben diese Quellen in ihrer bahnbrechenden Studie ausgewertet, wobei sich Krausnick mit dem generellen Problem der Einsatzgruppen und ihrem Verhältnis zur Wehrmacht auseinandersetzte, während Wilhelm die für unsere Zwecke unschätzbare exemplarische Studie zur Einsatzgruppe A, verbunden mit dem Versuch einer Gesamtbilanz der Judenvernichtung auf dem Gebiet der Sowjetunion, erarbeitete.¹⁰

In 194 erhalten gebliebenen (von insgesamt 195) „Ereignismeldungen UdSSR“ des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD für den Zeitraum 23. Juni 1941 bis 24. April 1942, in den vom Chef der Sicherheitspolizei und des SD-Kommandostabs vorgelegten 55 „Meldungen aus den besetzten Ostgebieten“ (1. Mai 1942 bis 21. Mai 1943) und in den 11 zusammenfassenden „Tätigkeits- und Lageberichten der Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD in der UdSSR“ (22. Juni 1941 bis 31. März 1942) ist die Ermordung von mindestens 535 000 jüdischen Menschen dokumentiert. Unter vorsichtiger Berechnung ist aufgrund des vorliegenden Quellenmaterials über weitere Vernichtungsaktionen, Pogrome und Massaker davon auszugehen, „daß nicht weniger als 700–750 000 Juden bereits im ersten Dreivierteljahr der nationalsozialistischen Besatzungsherrschaft auf sowjetischem Boden den gegen sie gerichteten Verfolgungsmaßnahmen zum Opfer gefallen sind“.¹¹

II.

Im Mittelpunkt rechtsradikaler Propaganda steht die Leugnung oder Verharmlosung der Judenverfolgung unter dem NS-Regime. Keine Behauptung ist anscheinend unsinnig genug, als daß sie nicht immer wieder aufs neue präsentiert würde. Das reicht von der Leugnung der Existenz der Konzentrationslager, der Einsatzgruppen und Pogrome bis hin zu statistischen Kunststücken und abenteuerlichen Rechenexempeln

⁸ Nbg. Dok. NO 5196.

⁹ George Wellers, Die Zahl der Opfer der „Endlösung“ und der Korherr-Bericht, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 29.7.1978, S. 22–39.

¹⁰ Helmut Krausnick/Hans-Heinrich Wilhelm, Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938–1942, Stuttgart 1981.

¹¹ Wilhelm, in: Die Truppe des Weltanschauungskrieges, S. 620.

über die Zahl der jüdischen Opfer. Mit besonderer Hartnäckigkeit wird die angebliche „6-Millionen-Lüge“ bekämpft. Die älteste „Quelle“, die dazu benützt wird, ist eine angeblich vom Roten Kreuz stammende amtliche Feststellung, nach der es höchstens 300 000 Opfer rassischer, religiöser und politischer Verfolgung gegeben habe.

Die Schweizer Zeitschrift „Der Turmwart“ hatte im Dezember 1950 berichtet, daß alles in allem weniger als 1,5 Millionen Juden durch die Nationalsozialisten und ihre Helfer umgebracht worden seien. Als Quelle für diese Behauptung wurde ein Bericht in den „Basler Nachrichten“ vom 12. Juni 1946 angeführt, der mit dubiosen Statistiken und Rechentricks operierte. Dort waren als Beweis „jüdische Statistiken“ angeführt worden. Ab Januar 1955 griff ein Blatt neonazistischer Observanz, das damals unter dem Titel „Die Anklage“ in Bad Wörishofen erschien, die Angelegenheit in einer Artikelserie wieder einmal auf. Jetzt war als „Experte“ ein „universell bekannter Nordamerikaner“ neu in die Debatte eingeführt worden, dem die Zahlen in den Mund gelegt waren: es war nur noch von 300 000 Opfern die Rede. Die Schweizer Quellenangabe wurde als „Beweis“ im umgekehrten Verhältnis zur weiter verharmlosten Zahl der Opfer aufgepöppelt, es hieß nämlich jetzt: „Die Schweizer Zentrale des Roten Kreuzes hat nunmehr mit der Herausgabe einer amtlichen Meldung die Angaben des Amerikaners Warwick Hesters, die wir in unserem Artikel ‚Die gemeinste Geschichtsfälschung‘ veröffentlichten, bestätigt. In der amtlichen Mitteilung der Schweizer Zentrale des Roten Kreuzes heißt es ganz eindeutig: ‚Opfer politischer, rassischer und religiöser Verfolgung in den Gefängnissen, Konzentrationslagern usw. zwischen 1939 und 1945: 300 000 (dreihunderttausend)‘.“¹²

Ermuntert durch diese seriös erscheinende Quellenangabe berichteten nun auch unverdächtige Magazine über die Opfer des Zweiten Weltkriegs und übernahmen die angebotenen Zahlen. „Das grüne Blatt“, ein Unterhaltungsmagazin der Regenbogenpresse, brachte 1955 einen Artikel, in dessen Vorspann es hieß: „Seit 1946 hat die Schweizer Zentrale des Roten Kreuzes amtliche Meldungen über die Kriegsverluste der einzelnen Länder gesammelt. Die jetzt vorliegenden Zahlen sind eine Bilanz des Grauens, eine ernste Mahnung an die Politiker von heute, alles zu tun, damit sich ein solches Blutbad nicht wiederholen kann.“ In der Gesamtzahl der „57 Millionen Opfer!“ (so die Überschrift des Artikels), war dann wieder die Zahl von 300 000 Juden enthalten.¹³

„Das grüne Blatt“, das durch die Veröffentlichung zu Unrecht in den Verdacht neonazistischer Tendenz geriet, distanzierte sich in einem Brief vom 6. Februar 1956 an den damaligen Direktor des Instituts für Zeitgeschichte, der um Aufklärung über die Quellen des Artikels gebeten hatte, entschieden von dieser Zahlenangabe und machte dabei aufschlußreiche Angaben über das Zustandekommen solcher Artikel:

„Wir brachten den von Ihnen zitierten Beitrag ‚57 Millionen Opfer‘, um im Zuge der sich abzeichnenden Remilitarisierung allen Verantwortlichen einmal eine ernste Mahnung mit auf den Weg zu geben. Wir hatten den Artikel, der sich auf Angaben des schweizerischen Roten Kreuzes stützen sollte, von unserem ständigen Kopenhagener, auch in der Schweiz und Österreich vertretenen, Mitarbeiter, mit dem wir bis-

¹² „Beweis aus der Schweiz: Was nun Herr Staatsanwalt?“, in: Die Anklage. Organ der Entrechteten Nachkriegsgeschädigten, 1.4.1955.

¹³ Das grüne Blatt, 6.3.1955.

lang noch nie Anstände gehabt hatten. Wir hatten auch mit diesem Aufsatz keine, nur eine darin genannte Zahl – die der in Konzentrationslagern umgekommenen Opfer – machte uns arge Scherereien. Sie ist, wie sich inzwischen herausstellte, offensichtlich falsch. Wir haben in der Angelegenheit auch schon eine lange briefliche Unterhaltung mit dem Bundestagsabgeordneten Kalbitzer geführt, weil man uns – dem Grünen Blatt – in der Schweiz und auch in Deutschland, ein Eintreten für neofaschistische Belange unterschieben wollte, was bei uns nur erst ein Kopfschütteln, dann aber starke Verärgerung auslöste. Wir gingen der ganzen Sache energisch nach, leider verlief sie sozusagen im Sande. Die letzte Quelle wurde nicht bekannt. Unser Kopenhagener Mitarbeiter, dessen eigene Familie zum großen Teil in Konzentrationslagern umgekommen ist, der also völlig integer gegen Verdächtigungen ist, hatte den Aufsatz der ‚Wiener Wochenausgabe‘ entnommen, mit der er ein Austauschabkommen hat. Der Redakteur der ‚Wiener Wochenausgabe‘, der ihn geschrieben hatte, hatte die Angaben, wie er uns brieflich mitteilte, einer Schweizer Zeitung entnommen, er konnte allerdings nicht mehr angeben, ob es sich um ‚Die Tat‘ oder ein anderes Blatt gehandelt hatte.“¹⁴

Wie verhält es sich nun aber tatsächlich mit den „amtlichen Zahlen“ des Roten Kreuzes? Sie haben niemals existiert, wie aus einem Brief des Chefs der Informationsabteilung des Comité International de la Croix-Rouge vom 17. August 1955 an den Direktor des Instituts für Zeitgeschichte hervorgeht:

„Statistische Aufstellungen über Verluste an Militärpersonen oder Deportierten können wir nicht verschaffen, da derartige statistische Arbeiten dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz nicht obliegen. Einerseits verfügt das Komitee über die hierzu erforderlichen Mittel nicht und andererseits beziehen sich die in der Kartei der Kriegsgefangenen-Zentrale enthaltenen Meldungen auf Gefangenschaftsnahme, Transfer in andere Lager, Freilassung usw., aber geben kein genaues Bild der gesamten Anzahl von Kriegsgefangenen. Statistiken, die diesen Angaben zu entnehmen wären, würden nicht nur eine sehr langwierige Arbeit erfordern, sondern auch ein ungenaues Endergebnis aufweisen. Bei weitem noch unvollständiger sind unsere Angaben über die sich seinerzeit in Deutschland befindlichen Häftlinge der Konzentrationslager. Wenn wir auch gegen Ende des Krieges Häftlingen Hilfe und Beistand gewähren konnten, so waren trotz zahlreicher Bemühungen Hilfsaktionen in dem gleichen Ausmaße wie zugunsten der Kriegsgefangenen nicht möglich, da dem Komitee hierzu die rechtlichen Grundlagen fehlten. (Das Abkommen zum Schutze der Zivilbevölkerung geht auf den 12. August 1949 zurück, an dem die in Genf tagende diplomatische Konferenz die 4 Genfer Abkommen zum Schutze der Kriegsoffer annahm.) Wie Sie aus diesen Ausführungen ersehen, beruhen die Angaben des deutschen Wochenblattes auf keiner vom Internationalen Komitee vom Roten Kreuz gelieferten Information.“¹⁵

Dieses offizielle Dementi des Internationalen Roten Kreuzes in Genf nützte freilich wenig. Zehn Jahre später (und in der Zwischenzeit auch immer wieder) beriefen sich Rechtsradikale in einem Offenen Brief an Kardinal Döpfner, der im NPD-Blatt „Deutsche Nachrichten“ abgedruckt wurde, wieder auf Zahlenangaben des IRK, und

¹⁴ Archiv IfZ.

¹⁵ Ebenda.

wiederum distanzierte sich das Internationale Komitee vom Roten Kreuz kategorisch von dieser Fälschung:

„Wir möchten eindeutig klarstellen, daß das Internationale Komitee vom Roten Kreuz in Genf überhaupt nichts mit diesen Behauptungen zu tun hat. Die Statistiken über die Kriegsverluste und die Opfer politischer, rassischer oder religiöser Verfolgungen fallen nicht in sein Zuständigkeitsgebiet und haben nie dazugehört. Selbst wenn es sich um Kriegsgefangene handelt (die seit 1929 durch ein internationales Abkommen geschützt sind und für die wir, wie Sie wissen, einen Zentralen Suchdienst besitzen), wagen wir keine Zahlen zu nennen, da wir uns wohl bewußt sind, daß wir nicht im Besitze sämtlicher Auskünfte betreffend diesen Personenkreis von Kriegsopfern sein können. Um so mehr sind wir verpflichtet, uns jeglicher Schätzung zu enthalten, wenn es sich um Zivilpersonen handelt, die zu jener Zeit durch keinerlei Konvention geschützt waren und sich somit der Aktion des Roten Kreuzes fast vollständig entzogen.“¹⁶

Über den Brief vom 11. Oktober 1965 an das Institut für Zeitgeschichte, aus dessen Original diese Sätze zitiert sind, berichtete im Januar 1966 die Tagespresse, einschließlich zahlreicher Provinzzeitungen. Gestört hat das die rechtsradikale Propagandamaschinerie bis zum heutigen Tag wiederum nicht, allenfalls machen sich neonazistische Pamphletisten die Mühe, neue „amtliche“ Angaben zu erfinden. Heinz Roth zum Beispiel fragte in einer 1973 verteilten Broschüre „Warum werden wir Deutschen belogen?“: „Wußten Sie, daß die sicher beklagenswerten Verluste des jüdischen Volkes – nach Feststellungen der UNO, die keinen Grund hat, irgendein Volk besonders in Schutz zu nehmen – zweihunderttausend betragen haben?“¹⁷

Die Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der UNO teilte dem Institut für Zeitgeschichte am 1. August 1974 auf eine entsprechende Anfrage mit, daß die „erwähnte Zahl von 200 000 jüdischen Opfern des NS-Regimes mit Sicherheit nicht auf Feststellungen der Vereinten Nationen beruht“.¹⁸ Solche Beispiele ließen sich schier endlos fortsetzen. Daß die behauptete Quelle als Erfindung erwiesen ist, deren Herkunft im Dunkeln liegt, hindert die Interessenten an der Minimierung der Zahl der Opfer nicht, sie immer wieder zu zitieren. Zur Technik rechtsextremer Propaganda gehört es ja, solche Feststellungen immer wieder zu zitieren, bis sie scheinbar fester Bestandteil des Quellenmaterials sind und nicht mehr weiter überprüft, sondern als bekannt und selbstverständlich geglaubt werden.¹⁹

Die verschiedenen Topoi rechtsextremer und neonazistischer Propaganda sind hier nicht zu untersuchen²⁰, und es ist wenig sinnvoll, in die Diskussion mit den Apologeten des NS-Regimes und Leugnern des organisierten Massenmords an den Juden ein-

¹⁶ Ebenda.

¹⁷ Heinz Roth, Warum werden wir Deutschen belogen?, Witten 1973; vgl. auch Emil Aretz, Hexeneinmaleins einer Lüge, Pöhl 1970; Thies Christophersen, Die Auschwitz-Lüge, Mohrkirch 1972; die gleichen Angaben auch in: Gert Suchholt (Hrsg.), Antigermanismus. Eine Streitschrift zu Dachau und zum „Auschwitz-Gesetz“, Berg 1986.

¹⁸ Ebenda.

¹⁹ Vgl. die Vorbemerkung von Martin Broszat zum Aufsatz von Ino Arndt/Wolfgang Scheffler, Organisierter Massenmord an Juden in nationalsozialistischen Vernichtungslagern. Ein Beitrag zur Richtigstellung apologetischer Literatur, in: VfZ 24 (1976), S. 105–112.

²⁰ Vgl. dazu Wolfgang Benz (Hrsg.), Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Voraussetzungen, Zusammenhänge, Wirkungen, Frankfurt a. M. 1989.

zutreten. Den einschlägigen Autoren geht es nur um die Perpetuierung bestimmter Denkfiguren wie der „jüdischen Weltverschwörung“ oder angeblicher Vernichtungspläne des „Weltjudentums“ gegen Deutschland, wie sie zum Beispiel im „Kaufman-Plan“ unter der Devise „Germany must perish“ dokumentiert seien.²¹ Wesentlicher Bestandteil des revisionistischen Geschichtsbilds ist auch die Aufrechnung des Unrechts, das Deutschen angetan wurde, mit den Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes, die gleichzeitig verharmlost oder geleugnet werden.²²

Saul Friedländer machte unlängst auf die Schwierigkeit nicht nur des Historikers aufmerksam, das Problem der „Endlösung“ in seiner psychologischen, moralischen, aber auch historisch-kausalen und logischen Dimension zu begreifen, und er verdeutlichte es an der berühmten Rede Himmlers am 4. Oktober 1943 vor hohen SS-Offizieren in Posen, bei der der „Reichsführer SS“ thematisierte, wie mit dem Genozid ein grundlegendes menschliches Tabu gebrochen, die absolute Grenzüberschreitung begangen wurde. Das Singuläre der Tat kommt im Schweigegebot Himmlers zum Ausdruck, denn dieses beweist auch, daß kein „höherer, allgemein verständlicher“ Zweck in Anspruch genommen werden konnte und kann: „Infolgedessen scheint die Einzigartigkeit des nationalsozialistischen Vorhabens nicht nur in der Tat selbst zu liegen, sondern auch in der Sprache der Täter und in der Art und Weise, wie diese sich selbst wahrgenommen haben.“²³ Und bezeichnend ist es auch, daß von Epigonen und Apologeten Hitlers keine Rechtfertigungsversuche für den Judenmord unternommen wurden und werden, sie legen vielmehr allen Eifer in das Bemühen, das Geschehene zu leugnen oder zu minimieren.²⁴

Zur Methode gehören Erwägungen zur Statistik, aus denen zum Beispiel hervorgehen soll, daß es so viele Juden, wie ermordet wurden, gar nicht gab, ebenso wie die Anführung erfundener „Beweise“, mit denen die Zahl von fünf bis sechs Millionen Opfern „widerlegt“ wird. Ein anderes Muster bedient sich pseudorationaler Argumente, die auf den Nachweis angelegt sind, daß es aus physikalischen, chemischen oder anderen naturwissenschaftlichen bzw. technischen Gründen gar nicht möglich war, in so großem Ausmaß das Verbrechen des Genozids zu begehen. Eine der jüngsten Hervorbringungen solcher Art ist der „Leuchter-Report“, in dem ein amerikanischer Spezialist für Hinrichtungsanlagen zum Schluß kommt, in Auschwitz seien keine Menschen mit dem Giftgas Zyklon B ermordet worden. Der unter eindeutig neonazistischem Vorzeichen erstellte „Leuchter-Report“ ist ebenso dilettantisch zusammengestellt wie

²¹ Vgl. Wolfgang Benz, Judenvernichtung aus Norwehr? Die Legenden um Theodore N. Kaufman, in: VfZ 29 (1981), S. 615–630; aktualisiert in: Benz, Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, S. 169–188: dort auch Hinweise auf die Ende der 80er Jahre unverdrossene Weiterverbreitung der antisemitischen Legende vom angeblichen Roosevelt-Intimus, der das deutsche Volk ausrotten wollte. Nicht zuletzt in der Deutschen National-Zeitung und ihrer Umgebung wird die Geschichte am Leben gehalten.

²² Vgl. Rivkah Knoller, „Denial of the Holocaust“. A bibliography of literature denying or distorting the Holocaust, and of literature about this phenomenon, Bar-Ilan University, Ramat Gan 1989.

²³ Saul Friedländer, Die „Endlösung“. Über das Unbehagen in der Geschichtsdeutung, in: Pehle, Der historische Ort, S. 81–94.

²⁴ Zur neonazistischen Standardliteratur, in der immer wieder Bezug untereinander genommen wird, damit der Eindruck eines wissenschaftlich fundierten Argumentationsgeflechts entstehen soll, gehören vor allem folgende Titel: Paul Rassinier, Zum Fall Eichmann. Was ist Wahrheit? oder Die unbelehrbaren Sieger, Leoni 1962; Richard Harwood, Starben wirklich sechs Millionen? Endlich die Wahrheit, Richmond 1975; Arthur R. Butz, Der Jahrhundert-Betrug, Vlotho 1977; Wilhelm Stäglich, Der Auschwitz-Mythos. Legende oder Wirklichkeit? Eine kritische Bestandsaufnahme, Tübingen 1979.

er in der rechtsextremen Literatur als neues schlagendes Argument gegen die „Auschwitz-Lüge“ gefeiert wird.²⁵

Die vernichtende Kritik an diesen und ähnlichen Erzeugnissen²⁶ schreckt Urheber und Verbreiter natürlich nicht ab, und für die Technik, durch immer neues Zitieren sowohl die Ursprünge der die Absicht stützenden Behauptungen zu verwischen als auch den Eindruck wissenschaftlich exakter Beweisführung mit Belegstellen zu erwecken, ist es unwesentlich, daß die Argumentation widerlegt und die dahinter stehende Absicht von seriösen Wissenschaftlern zurückgewiesen wurde.

III.

In Reaktion auf die erwähnten Veröffentlichungen in den „Basler Nachrichten“ von 1946 wurden frühzeitig Untersuchungen zur Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus angestellt.²⁷ Das Institute of Jewish Affairs in New York kam zum Ergebnis, daß im Artikel der Schweizer Zeitung die Zahl der 1933 in Europa (außerhalb der Sowjetunion) lebenden Juden um ca. 1,4 Millionen zu niedrig und ebenso die Zahl der in der Sowjetunion (mit dem Baltikum und den annektierten polnischen Gebieten) ermordeten Juden mit 500 000 viel zu niedrig angesetzt war. Das Institute of Jewish Affairs stellte die jüdischen Bevölkerungszahlen in Europa von 1939 (9,5 Millionen) denen im Jahr 1945 (3,1 Millionen) gegenüber, woraus sich unter Berücksichtigung von ca. 600 000 Emigranten die Größenordnung von 5,8 Millionen Opfern des Nationalsozialismus ergab.

Der Bevölkerungsstatistiker Jacob Lestschinsky publizierte 1951 eine Berechnung²⁸, die ebenfalls 9,5 Millionen Juden in Europa im Jahr 1939 zugrunde legt und bei 2,75 Millionen im Jahre 1950 noch lebenden zum Gesamtergebnis von über sechs Millionen Opfern des Genozids kommt. Léon Poliakov errechnete in seiner Untersuchung mehr als 5,5 Millionen jüdischer Opfer.²⁹

Poliakov übernahm von Lestschinsky die Zahl von 1,5 Millionen Opfern der SS-Einsatzgruppen und von der polnischen Kommission zur Untersuchung der Kriegsverbrechen die Zahl von insgesamt 1,85 Millionen in den Vernichtungslagern Belzec, Sobibór, Treblinka und Chelmno durch Giftgas ermordeter Juden. Er übernahm gleichfalls die Angabe von 200 000 Toten in Majdanek, bezweifelte aber die vom

²⁵ Vgl. Jean-Claude Pressac, *Auschwitz, Technique and operation of the gas chambers*, New York 1989; ders., *Les carences et incohérences du „Rapport Leuchter“*, in: *Jour J*, 12.12.1988.

²⁶ Vgl. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), *Das Lachout-„Dokument“. Anatomie einer Fälschung*, Wien 1989, darin wird das dubiose Schriftstück eines Emil Lachout analysiert, mit dessen Hilfe „bewiesen“ wird, daß Geständnisse über die Ermordung durch Gas in einigen Konzentrationslagern durch Folterungen der Alliierten erpreßt wurden. Lachout-„Dokument“ und Leuchter-Report sind im gleichen Umfeld, anläßlich des Prozesses gegen den Neonazi Zündel in Toronto, entstanden.

²⁷ Helmut Krausnick, *Zur Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus*, in: *Dokumentation zur Massenvergasung*, Bonn 1962, S. 16–20.

²⁸ *The Decline of European Jewry*, *Congress Weekly*, New York, 24.9.1951; vgl. Hans Lamm, *Um die Zahl der ermordeten Juden*, in: *Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland*, 8.5.1953.

²⁹ Léon Poliakov, *Bréviaire de la Haine. Le IIIe Reich et les Juifs*, Paris 1951.

Auschwitz-Kommandanten Rudolf Höß ursprünglich genannte Zahl von 2,5 Millionen³⁰ durch Gas Gemordeter in Auschwitz. Er schätzte sie auf zwei Millionen.

Die Zahlen der in den Vernichtungs- und Konzentrationslagern ermordeten Juden beruhten bei diesen frühen Untersuchungen auf einer schlechteren Quellenbasis als sie inzwischen zur Verfügung steht. Darauf ist, insbesondere im Lichte der Ermittlungen und Erkenntnisse, die die zahlreichen Gerichtsverfahren in den folgenden Jahrzehnten erbrachten, noch zurückzukommen.³¹

In der ersten großen Gesamtdarstellung des Genozids untersuchte Gerald Reitlinger das Schicksal der Judenheit in allen europäischen Ländern und bot auch eine statistische Zusammenfassung der „Endlösung“.³² Reitlinger beschäftigte sich kritisch mit den bis dato bekannt gewordenen bzw. berechneten Zahlen, ausgehend von der in der Anklageschrift (November 1945) des Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozesses enthaltenen Gesamtzahl von 5 721 800, die im „Report of Anglo-American Committee of Inquiry regarding the Problems of European Jewry and Palestine“ (London, April 1946) näher aufgeschlüsselt ist. Reitlinger hat sich von der Absicht leiten lassen, zu einer möglichst gesicherten Minimalzahl zu gelangen, dabei hat er äußerste Akribie und Vorsicht walten lassen. So übernahm er zum Beispiel weder die Maximalzahl (2,5 Millionen) noch die spätere Minimalzahl (1,135 Millionen), die der Auschwitz-Kommandant Rudolf Höß vor Gericht bezeugt hat, sondern setzte die Morde in Auschwitz mit der sehr niedrigen Zahl von nur 750 000 an, ebenso mißtraute er im Zweifelsfall auch nationalsozialistischen amtlichen Quellen. Er kam zu einer minimalen (4 194 200) und einer maximalen Gesamtzahl (4 581 200). Er war dabei vom Bestreben geleitet, antisemitischen Kreisen unter keinen Umständen einen Vorwand zu liefern, „die ganze grauenhafte Geschichte und die Lehren daraus als unglaublich hinzustellen“.³³

Reitlinger zweifelte an der seit dem Nürnberger Prozeß im Gespräch gebliebenen Größenordnung von rund sechs Millionen und nahm die Begründung der Anklage durch Richter Jackson vom 21. November 1945 zum Ausgangspunkt. Jackson hatte erklärt: „5,7 Millionen Juden werden in den Ländern, in denen sie früher lebten, vermißt. Über 4,5 Millionen davon lassen sich weder durch normale Sterblichkeit oder Auswanderung erklären, noch sind sie unter den Verschleppten.“³⁴ In der Anklageschrift selbst hatte es geheißsen: „Von den 9 600 000 Juden, die in Gebieten Europas unter Nazi Herrschaft lebten, sind nach vorsichtiger Schätzung 5 700 000 verschwun-

³⁰ Rudolf Höß, von Mai 1940 bis November 1943 Kommandant in Auschwitz und ab Mai 1944 dort Organisator der Vernichtung ungarischer Juden, gab im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß (5.4.1946, Dokument PS 3868, und Hauptverhandlung, 15.4.1946, IMT, Bd. XI, S. 458) zu Protokoll, in Auschwitz seien 2,5 Millionen Juden durch Gas getötet worden, in späteren Erinnerungen reduzierte er die Zahl. Vgl. Kommandant in Auschwitz. Autobiographische Aufzeichnungen von Rudolf Höß, eingeleitet und kommentiert von Martin Broszat, Stuttgart 1958, S. 162f.

³¹ Vgl. Adalbert Rückerl, Vergangenheitsbewältigung mit Mitteln der Justiz, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 30.10.1982; ders., NS-Vernichtungslager im Spiegel deutscher Strafprozesse, München 1977; ders., NS-Verbrechen vor Gericht – Versuch einer Vergangenheitsbewältigung, Heidelberg 1982; Alfred Streim, Konzentrationslager auf dem Gebiet der Sowjetunion, in: Dachauer Hefte 5 (1989), S. 174–187.

³² Gerald Reitlinger, Die Endlösung. Hitlers Versuch der Ausrottung der Juden Europas 1939–1945, Berlin 1956 (die englische Originalausgabe erschien 1953 in London unter dem Titel: The Final Solution – The Attempt to exterminate the Jews of Europe 1939–1945).

³³ Reitlinger, Endlösung, Berlin 1960³, S. 557.

³⁴ IMT, Bd. II, S. 140.

den, von denen die meisten vorsätzlich von den Nazi-Verschwörern ums Leben gebracht worden sind.“³⁵ Reitlingers Maximalzahl ist größer als Richter Jacksons Mindestzahl. Den Unterschied zwischen der gängigen Sechs-Millionen-Zahl und seinem Ergebnis von 4,5 Millionen erklärt Reitlinger mit den „nur auf Mutmaßungen begründeten Schätzungen der Verluste in Gebieten, die jetzt zur Sowjetunion gehören ... und auf die Rumänien betreffenden Angaben, die in Widerspruch zu den bekannten Tatsachen stehen“.³⁶

Am längsten und intensivsten hat sich Raul Hilberg mit der Geschichte der Vernichtung der europäischen Juden beschäftigt. Seine Vorarbeiten reichen in das Jahr 1948 zurück, seine erstmals 1961 auf englisch vorgelegte Gesamtgeschichte des Holocaust beansprucht wegen der immensen Kenntnis der Quellen und des daraus resultierenden Detail- und Faktenreichtums nicht nur als maßgebendes Kompendium allen Respekt, Hilbergs Zahlenangaben sind auch richtungsweisend für die neuere Forschung.³⁷

IV.

Die Entscheidung, die Untersuchung zur Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus in der Form von Regionalstudien zu organisieren, lag nahe, da die Diskriminierung, Deportierung und Ermordung zwar auf einem einheitlichen Plan beruhte und vom Reichssicherheitshauptamt in Berlin gesteuert wurde, aber sowohl zeitlich als auch regional von vielen Besonderheiten geprägt war. Im Deutschen Reich und den annektierten Gebieten – Österreich, Sudetenland, Warthegau, Elsaß-Lothringen, Memel usw. – verlief auch die Austreibungsphase in anderen Formen als im „Generalgouvernement“, wo die Ghettoisierung im großen Maßstab die erste Station der Vernichtung bildete. In der Sowjetunion war die Hemmschwelle für den organisierten Massenmord noch niedriger, Massaker wie das in der Schlucht von Babi Jar bei Kiew, wo am 29./30. September 1941 33 771 Juden vom Sonderkommando 4 a durch Gennickschüsse getötet wurden, waren in den besetzten Gebieten Westeuropas, etwa in den Niederlanden, Belgien, Frankreich oder Norwegen nicht möglich, wohl aber in Serbien, wo man Juden, weil man sie in Lagern verfügbar hatte, als Geiseln zur Vergeltung von Partisanenangriffen erschoss und dieses System dann im großen Stil anwendete.

Rücksichtnahme war erforderlich bei der Absicht, die Juden im Herrschaftsbereich der Verbündeten und der Satellitenstaaten zu verfolgen und zu vernichten. Durch politischen Druck konnte Berlin zwar auch in den pro forma autonomen Ländern unter deutscher Kontrolle eine antisemitische Gesetzgebung zur Diskriminierung, Ausgrenzung und Beraubung der Juden durchsetzen, aber der äußersten Konsequenz – der „Endlösung“ – verweigerte sich Vichy-Frankreich ebenso wie Mussolinis Italien, und trotz eines fast überall vorhandenen genuinen Antisemitismus waren die reaktionären oder faschistischen Regimes in der Slowakei und Kroatien, in Ungarn, Rumänien und

³⁵ Ebenda, S. 47.

³⁶ Reitlinger, Endlösung, S. 558.

³⁷ Raul Hilberg, Die Vernichtung der europäischen Juden. Die Gesamtgeschichte des Holocaust, Berlin 1982; aktualisierte Neuauflage Frankfurt a. M. 1990.

Bulgarien nicht bereit, die einheimischen Juden ohne weiteres der deutschen Vernichtungsmaschinerie auszuliefern. Man versuchte, sich auf traditionelle Weise aus der Affäre zu ziehen, nämlich durch den Erlaß drakonischer Gesetze, die in der Praxis nicht übertrieben ernst genommen wurden, aber in Berlin vorgezeigt werden konnten. Das galt für Rumänien wie für Bulgarien und Ungarn.

In Rumänien kam es nach Kriegsbeginn mit der Sowjetunion auch zu schrecklichen Pogromen und Massakern, verübt an den Juden in Bessarabien, in der Bukowina und in Südrußland. Die Regierung in Bukarest duldete nicht nur die Ausschreitungen der rumänischen Polizei und Armee, sie hatte auch ein Jahr zuvor die Vertreibung der Juden aus der Bukowina und Bessarabien über den Dnjestr nach „Transnistrien“ veranlaßt.³⁸ In Bukarest galten die bedauernswerten Menschen, von denen bei der Vertreibung und den Pogromen über 200 000 den Tod fanden, eben nicht als rumänische Juden. Denen gegenüber verhielt sich die Antonescu-Regierung fürsorglicher und suchte, ihnen das Ärgste zu ersparen.

Noch eindeutiger war die Situation in Bulgarien, dem wohl widerwilligsten Bundesgenossen des Deutschen Reiches.³⁹ Hier wurden die Juden auf altbulgarischem Gebiet den Deutschen nicht zur Deportation überlassen (und die Regierung in Sofia erwies sich in vielerlei Hinsicht dabei als erfinderisch, kreierte immer neue Schwierigkeiten und Hemmnisse bis hin zu finanziellen Forderungen), aber für die jüdischen Bewohner der neu erworbenen Gebiete Mazedonien und Thrazien fühlte man sich nicht zuständig. So blieb die bulgarische Bilanz positiv, das heißt es sind keine Verluste an jüdischer Bevölkerung zu beklagen, wenn man nur das Kernland Bulgarien betrachtet und die aus Mazedonien und Thrazien in die deutschen Vernichtungslager des Ostens deportierten Juden nicht zählt.

Ungarn hatte bis zur deutschen Besetzung im Frühjahr 1944 die Verbündeten hingehalten und die Deportation der ungarischen Juden verweigert, aber auch die Freigabe zur Deportation der zahlreichen Flüchtlinge aus Deutschland, Österreich, der Tschechoslowakei, die in Ungarn lebten und zusammen eine jüdische Bevölkerung von ca. 875 000 Menschen ergaben. Admiral Horthy in Ungarn und Marschall Antonescu in Rumänien widerstanden den deutschen Wünschen, die immer wieder durch die „Judenberater“ des Auswärtigen Amts vor Ort, aber auch von höchster Stelle aus artikuliert wurden, weniger aus philanthropischen oder gar aus philosemitischen Erwägungen, vielmehr war Opportunismus im Spiel: Wenn sich diese autoritären Regimes in Südosteuropa auch hinsichtlich der „Endlösung der Judenfrage“ in die Hand Berlins begaben, dann würden alle Brücken zur westlichen Zivilisation und Kultur abgebrochen sein – das war für den Fall eines von Deutschland verlorenen Krieges zu beachten. Religiöse Skrupel blieben auch in der Slowakei unter der Herrschaft von Monsignore Josef Tiso bei aller Willfährigkeit gegenüber Berlin bestehen, Einwirkungen des Vatikans blieben nicht ohne Wirkung in Preßburg, und wenn man sich als Jude in der Slowakei katholisch taufen ließ, konnte man seine Überlebenschancen erhöhen.

³⁸ Vgl. Wolf Rosenstock, Die Chronik von Dschurin. Aufzeichnungen aus einem rumänisch-deutschen Lager, in: Dachauer Hefte 5 (1989), S. 40–86.

³⁹ Vgl. Hans-Joachim Hoppe, Bulgarien – Hitlers eigenwilliger Verbündeter. Eine Fallstudie zur nationalsozialistischen Südosteuropapolitik, Stuttgart 1979.

Vor allem das ideologisch dem NS-Staat am engsten verwandte Regime, Mussolinis faschistische Herrschaft in Italien, zeigte zum Ärger Berlins kein Verständnis für die Ausrottungspolitik gegenüber den Juden, und Italien ging sogar weiter in der Protektion als die Balkanstaaten, denn auch im italienischen Besatzungsgebiet in Griechenland, in Südfrankreich und auf dem Balkan durften sich die Juden relativ sicher fühlen. Es gab „religiöse und moralische Skrupel“, denn die italienischen Faschisten hatten „die Verbindung zu den Traditionslinien europäischer Gesittung und Humanität nie völlig durchtrennt und auch deshalb die in den dreißiger Jahren so unverhohlen geäußerte Verachtung des Rassenwahns ihrer nördlichen Verbündeten nie wirklich abgelegt“. ⁴⁰ Erst als italienisches Territorium im September 1943 unter direkten deutschen Einfluß kam, begann auch dort der Genozid.

Ungarn, wo nach der Errichtung der deutschen Militärherrschaft zwischen Mai und Juli 1944 die größte und schnellste, von Eichmann persönlich organisierte territoriale Einzelaktion im Zuge der „Endlösung“ erfolgte, war freilich vor dem Frühjahr 1944 auch kein Paradies gewesen. Die etwa 875 000 in Ungarn lebenden Juden unterlagen seit 1938 einer antisemitischen Gesetzgebung, die sie sowohl enteignete als auch einen erheblichen Teil zu Zwangsarbeit in einem geschlossenen Arbeitsdienstsystem heranzog. Die Verluste in den jüdischen Arbeitsbataillonen, die auch an der Ostfront eingesetzt wurden, waren sehr beträchtlich.

Im August 1941 hatte die ungarische Regierung 12 000 aus Galizien nach Ungarn geflohene Juden den deutschen Einsatzkommandos, die in der Sowjetunion operierten, ausgeliefert, im Januar 1942 hatte es auf dem von Ungarn annektierten jugoslawischen Territorium ein Massaker gegeben. Die ungarischen Befehlshaber der Stadt Novi Sad hatten die Erschießung tausender Juden und Serben befohlen. Der ungarische Generalstabschef Szombathely betrachtete nicht nur die Angelegenheit selbst, sondern auch die Einstellung eines Kriegsgerichtsverfahrens gegen die schuldigen Offiziere als Schande und nationales Unglück. Einer neuen Untersuchung entzogen sich die hochrangigen ungarischen Militärs durch die Flucht ins Deutsche Reich, wo sie „von der Geheimen Staatspolizei als Gäste des Reichsführers-SS empfangen“ wurden. ⁴¹

Am willigsten fügte sich wohl der seit April 1941 existierende Satellitenstaat Kroatien in die Vernichtungsstrategie des NS-Staats. Die Juden wurden, wie überall im deutschen Machtgebiet, unter antisemitische Gesetze gestellt, im Laufe des Jahres 1941 in Lagern konzentriert und zu Zwangsarbeiten herangezogen. An der Jahreswende 1941/42 erlaubte die kroatische Regierung die Deportation der im Deutschen Reich lebenden Juden kroatischer Nationalität, und zwischen Herbst 1942 und April 1944 wurde „die Judenfrage in Kroatien“ durch Deportation erledigt. „Die Durchführung als solche war zufriedenstellend“, berichtete der Polizeiatattaché Helm in Agram/Zagreb am 18. April 1944 nach Berlin, „so daß bis auf einige besetzte Gebiete Kroatien als jenes Land angesehen werden konnte, in welchem die Judenfrage im großen und ganzen als gelöst anzusehen war“. Helm schrieb diese Erfolgsmeldung aufgrund

⁴⁰ Hermann Graml, *Reichskristallnacht. Antisemitismus und Judenverfolgung im Dritten Reich*, München 1988, S. 244.

⁴¹ Aufzeichnung Auswärtiges Amt vom 21.1.1944, in: Peter Longerich (Hrsg.), *Die Ermordung der Europäischen Juden. Eine umfassende Dokumentation des Holocaust 1941 – 1945*, München 1989, S. 292f.

einer Aufforderung des RSHA vom April 1944, „die Judenfrage“ in Kroatien „schnellstens“ zu bereinigen. Freilich bedauerte er auch, daß sich noch Juden in wichtigen Stellungen befänden und vom Regime als unentbehrlich deklariert seien.⁴²

Eine Sonderrolle spielte Finnland. Als einziger Verbündeter Hitlerdeutschlands stand dieses Land nicht unter vergleichbarem Druck, die dort lebenden etwa 2000 Juden zu deportieren und der Vernichtung preiszugeben. Soweit sie die finnische Staatsangehörigkeit besaßen, blieben sie unbehelligt. In Schweden fanden 160 Juden aus Finnland fremder Staatsangehörigkeit Zuflucht, 50 Flüchtlinge aus Österreich und dem Baltikum wurden von den finnischen Behörden zur Deportation freigegeben. Tatsächlich erfolgte aber lediglich ein Transport: Am 6. Oktober 1942 wurden neun ausländische oder staatenlose Juden von der finnischen Polizei verhaftet und dann über Estland nach Auschwitz deportiert. Einer von ihnen überlebte.⁴³

V.

Aufgrund der Ereignisse selbst (z.B. Nichtregistrierung bei den Vergasungen in den Vernichtungslagern auf polnischem Boden), aber auch aufgrund der Quellsituation ist es natürlich unmöglich, zu einer definitiven Endzahl zu gelangen. Es mußte vielmehr angestrebt werden, die Gesamtgrößenordnung der Opfer des Holocaust mit historischen und statistischen Methoden zu untersuchen, die Schwierigkeiten dabei offen darzulegen und die beweisbaren (Minimal-)Zahlen in einer Bilanz zusammenzufassen. Diese Bilanz ergibt sich aus 17 regionalen Einzelstudien, die im folgenden veröffentlicht werden. Ein ebenso wichtiges Ergebnis wie der Bilanzierungsversuch selbst ist die Darlegung der Problematik eines solchen Bemühens sowie der Schwierigkeiten, die einer Gesamtbilanz der jüdischen Opfer auch künftig und immer entgegenstehen.

Für jeden regionalen Bereich wird daher die Quellsituation dargestellt und eingehend diskutiert. Schon aus der Darlegung der Quellenlage ergibt sich die zwangsläufige Heterogenität der Gesamtdarstellung: für Österreich ist die Quellenlage ausgezeichnet, für Albanien mehr als unbefriedigend, um nur zwei Beispiele zu nennen. Ist der Unsicherheitsfaktor bei den belegten Zahlenangaben für Länder wie Norwegen oder Italien relativ gering, so bewegen sich die Dunkelziffern für Polen und die Sowjetunion in einer Größenordnung von hunderttausenden.

Den Rahmen der Darstellung bildet für jeden Regionalbeitrag die Skizze der von der deutschen Okkupationsmacht in Gang gesetzten Verfolgungsmaßnahmen (von der Kennzeichnung über die Deportation zur Vernichtung) bzw. die Darlegung der von der jeweiligen Regierung betriebenen eigenen Judenpolitik, sei sie wie in Dänemark auf die Rettung der Juden oder wie in Rumänien und Bulgarien auf begrenzte Nichtunterwerfung und Verweigerung gegenüber deutschen Wünschen und Absichten gerichtet gewesen. Wesentlicher Bestandteil jeder Regionalstudie ist die Dokumentation der Verlustzahlen im betreffenden Gebiet anhand aller verfügbaren Primär-

⁴² Bericht Helm „Überblick über die Judenfrage in Kroatien“, 18.4.1944, ADAP, Serie E, Bd. 7, Göttingen 1979, S. 658 ff.; Longerich, *Die Ermordung*, S. 305 ff.

⁴³ Raul Hilberg, *Die Vernichtung der europäischen Juden*, Frankfurt 1990, Bd. 2, S. 582.

quellen (originär belegte Zahlen nach Deportationslisten, Berichterstattung der Einsatzgruppen usw.). Daran schließt sich, soweit die Quellenlage dies zuläßt, die Erörterung der statistischen Probleme an, die mit einer Bilanz endet: Die gesicherte Minimalzahl wird der wahrscheinlichen Maximalzahl gegenübergestellt.

Es konnte – wie schon erwähnt – nicht Ziel des Projekts sein, eine wie auch immer zustandegekommene absolute Gesamtzahl der jüdischen Verluste zu präsentieren, vielmehr war in Verbindung mit der Darstellung der Ereignisse und ihrer Folgen die Offenlegung der methodischen Schwierigkeiten beabsichtigt. Insofern waren spektakuläre neue Erkenntnisse zur Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus nicht zu erwarten.

Die Auswertung aller zugänglichen Quellen durch Spezialisten für das jeweilige Territorium, beraten von zahlreichen Experten im In- und Ausland, ergab dann über die Darlegung der methodischen Probleme hinaus Zahlen in einer Größenordnung, die im Einklang mit der internationalen Forschung steht. Diese Zahlen, das kann bei aller Vorsicht konstatiert werden, kommen der Realität so nahe, wie das nur möglich ist.

In der folgenden Tabelle werden nach Ländern gegliedert die Verlustzahlen der bisherigen Forschungsliteratur den neuesten Erkenntnissen gegenübergestellt.

Gesamtübersicht

(Zum Vergleich bisherige Forschungsergebnisse)

W = Wellers, Zahl der Opfer (1978)

R = Reitlinger, Endlösung (1955)

H = Hilberg, Vernichtung (1990)

Y = Yad Vashem, Encyclopedia of the Holocaust (1990)

Deutsches Reich: Mindestzahl: 160 000

Maximum: 195 000

Realistische Schätzung: 165 000

R: 160 000 – 180 000 H: über 120 000 Y: 134 500 – 141 500

Österreich: 65 459

R: 60 000 H: über 50 000 Y: 50 000

Luxemburg: 1200

R: 3000 H: unter 1000 Y: 1950

Frankreich und Belgien:

Gesamtzahl Frankreich 76 134 (incl. fremde Staatsbürgerschaft)

Gesamtzahl Belgien 28 518 (incl. fremde Staatsbürgerschaft)

32 200 (nur Juden französischer und belgischer Staatsbürgerschaft)

Frankreich: W: 75 721 R: 60 000 – 65 000 H: 75 000

Y: 77 320

Belgien: W: 25 437 R: 25 000 – 28 000 H: 24 000 Y: 28 900

Niederlande: 102 000

W: 105 000 R: 104 000 H: über 100 000 Y: 100 000

Dänemark: 116

R: unter 100 Y: 60

Norwegen: Mindestzahl: 758

H: unter 1000 Y: 762

Italien: 6513

R: 8500 – 9500 H: 9000 Y: 7680

Albanien: 591 Deportierte

Griechenland: 59 185

R: 57 200 H: 60 000 Y: 60 000 – 67 000

Bulgarien: 11 393 (aus den bulgarisch besetzten Gebieten deportiert; alle bulgarischen Juden gerettet)

Y: 0

Jugoslawien: 60 000 – 65 000

R: max: 58 000 H: 60 000 Y: 56 200 – 63 300

Ungarn: 550 000

W: 429 028 R: 180 000 – 200 000 H: über 180 000

Y: 550 000 – 569 000

Tschechoslowakei: 143 000 (Territorium des „Reichsprotektorats Böhmen und Mähren“ und Slowakei)

R: 233 000 – 243 000 H: 260 000 Y: 146 150 – 149 150

Rumänien: 211 214

R: 200 000 – 220 000 H: 270 000 Y: 271 000 – 287 000

Polen: 2 700 000

Maximum: 3 000 000 (Hilberg, Gilbert, Krakowski)

R: 2 350 000 – 2 600 000 H: bis zu 3 000 000

Y: 2 900 000 – 3 000 000

Sowjetunion: 2 100 000

W: 1 939 940 R: 700 000 – 750 000 H: 900 000

Y: 1 211 500 – 1 316 500

In der Gesamtbilanz ergibt das ein Minimum von 5,29 Millionen und ein Maximum von knapp über sechs Millionen. Um die Größenordnung auch der Abweichung bei den Schätzungen zu verdeutlichen, sind im folgenden die Zahlen der in den Vernichtungslagern auf polnischem Territorium und der vor allem auf sowjetischem Gebiet von den Einsatzgruppen ermordeten Juden ohne Berücksichtigung ihrer nationalen Herkunft aufgeführt:

Der ersten Welle der Massenerschießungen (Sommer 1941 bis Frühjahr 1942) durch die Einsatzgruppen fielen 535 000 jüdische Menschen zum Opfer. Diese Zahl stützt sich allein auf die Berichterstattung der Einsatzgruppen selbst; die Opfer des Massakers von Babi Jar bei Kiew mit 33 771 ebenfalls dokumentarisch belegten Opfern und anderer Mordexzesse sind darin noch nicht enthalten.⁴⁴

In den Vernichtungslagern auf polnischem Territorium sind fast drei Millionen Juden durch Giftgas ermordet worden, nämlich in Chelmno (Ende 1941 bis Mai 1942 und September 1942 bis März 1943) 152 000, in Belzec (März 1942 bis Anfang 1943) 600 000, in Sobibór (Mai/Juni 1942, Oktober bis Dezember 1942, März bis August 1943) 250 000, in Auschwitz-Birkenau (September 1941, Januar 1942 bis November 1944) 1 000 000, Treblinka (Juli 1942 bis August 1943) 900 000 und Majdanek 60 000 bis 80 000.⁴⁵

Diese Zahlenangaben sind vor allem durch das Zusammenwirken von Historikern und Juristen zustande gekommen, durch personen- und tatbezogene Recherchen für die großen Verfahren vor den Schwurgerichten in Bonn (Chelmno), Düsseldorf (Sobibór, Treblinka, Majdanek), Frankfurt (Auschwitz), durch die Ermittlungsbehörden und durch die Berechnungen sachverständiger Historiker, an deren erster Stelle Wolfgang Scheffler zu nennen ist, dem die wesentlichen heute gültigen Zahlenangaben für die Vernichtungslager zu danken sind.

VI.

Zur Feststellung der Zahl der jüdischen Opfer sind prinzipiell zwei Methoden anwendbar:

- 1) die direkte Schätzungsmethode, die durch Addition der Zahl der Opfer in Konzentrationslagern, Vernichtungslagern, durch Einsatzgruppen u.a. Aktionen (wie z. B. T 4, 14 f 13) sowie der sonst feststellbaren dokumentarisch gesicherten Zahlen von Getöteten zu einem Gesamtergebnis zu kommen versucht;
- 2) die indirekte Methode des statistischen Vergleichs; sie stößt wegen der Mängel an brauchbaren Statistiken, vor allem in den ost- und südosteuropäischen Ländern, an ihre Grenzen: die Bevölkerungsstatistik der UdSSR ist z.B. nicht hinlänglich nach ethnischen und religiösen Kategorien gegliedert, die zahlreichen Grenzverschiebungen in Ost- und Südosteuropa machen außerdem die vorhandenen Statistiken teilweise unvergleichbar.

⁴⁴ Wilhelm, in: *Die Truppe des Weltanschauungskrieges*, S. 618 f.

⁴⁵ Vgl. Arndt/Scheffler, in: *VfZ* 24 (1976), S. 105–135.

Die Regionalstudien in diesem Band bedienen sich grundsätzlich beider Methoden. Die Berechnung der jeweils feststellbaren Gesamtzahl der jüdischen Opfer aufgrund von Deportationslisten, Transportmeldungen, Zugangslisten, Sterbebüchern von Lagern, Meldungen der Einsatzgruppen u.a. Quellen wird – in einem getrennten Arbeitsgang – ergänzt durch die mit statistischen Methoden erarbeitete Bilanz des jeweiligen Territoriums.

Ein besonderes Problem besteht in der Wanderungsbewegung der Juden, die vom NS-Regime in Gang gesetzt wurde. Dieses Problem stellt sich z.B. besonders in Frankreich und den Niederlanden; in den Deportationslisten und Verlustzahlen, die in der Literatur genannt werden, sind etwa österreichische und deutsche Juden, die nach Frankreich oder in die Niederlande emigriert waren, enthalten; das führte häufig zu Doppelzählungen, wenn die betreffenden Personen sowohl in der Verlustbilanz des Deutschen Reiches wie der Frankreichs erscheinen. In den einzelnen Beiträgen wird dieses Problem in seiner jeweiligen Dimension benannt und die Länderbilanzen sind entsprechend bereinigt. Daraus ergeben sich auch signifikante Abweichungen zur bisherigen Literatur, insbesondere in Frankreich wurden früher die Emigranten aus Deutschland usw. immer nur als Deportierte aus Frankreich gezählt.

Die territoriale Abgrenzung – nicht nur der Kapitel Polen und Sowjetunion – bildete ein weiteres Problem. Im Beitrag Polen wird das Territorium des Generalgouvernements (einschließlich des Distrikts Galizien) und der „eingegliederten Gebiete“ (Danzig, Wartheland, Reg.Bez. Zichenau) behandelt, der Beitrag Sowjetunion umfaßt auch die Gebiete der 1940 annektierten Staaten Estland, Lettland, Litauen sowie das ehemals ostpolnische Territorium und auch das mehrfach die staatliche Zugehörigkeit wechselnde „Transnistrien“ (Bessarabien und Nordbukowina), das aber auch im Beitrag Rumänien behandelt wird. Ähnliche Schwierigkeiten ergaben sich zwischen Ungarn und der Tschechoslowakei und mehr noch zwischen Griechenland, Bulgarien und Jugoslawien. Die Verluste der mazedonischen und thrasischen Judenheit sind zwar – der Logik des Zusammenhangs entsprechend – sowohl im Beitrag Griechenland wie unter Bulgarien erwähnt, aber selbstverständlich nicht doppelt bilanziert worden. Für das Deutsche Reich wurden die Grenzen von 1937 zugrundegelegt, d.h. Österreich wird in einem eigenen Beitrag behandelt, ebenso Luxemburg trotz der de-facto-Annexion. Nicht enthalten im Beitrag zum Deutschen Reich sind auch die Juden im 1938 annektierten Sudetengebiet und im 1939 angeschlossenen Memelgebiet. Die überwiegende Mehrheit der jüdischen Bevölkerung des Sudetenlands war in die Rest-Tschechoslowakei geflohen (im „Reichsgau Sudetenland“ waren am 17. Mai 1939 nur noch 2363 Juden gezählt worden gegenüber 27073 im Jahre 1930), diese Menschen teilten dann, soweit sie nicht weitere Emigrationsmöglichkeiten fanden, das Schicksal der Juden im „Protektorat Böhmen und Mähren“. Ähnliches gilt für die Juden des Memelgebiets, die zum größten Teil nach Litauen flohen, als das Memelland im März 1939 Bestandteil des Deutschen Reiches wurde. Zusammen mit den litauischen Juden fielen die meisten den Erschießungskommandos im Sommer 1941 zum Opfer.

Wegen der gemeinsamen Besatzungshierarchie wurden Belgien und Frankreich in einen Beitrag zusammengefaßt.

Welche Schwierigkeiten die territoriale Gliederung des Projekts bot, soll an einigen Beispielen erläutert werden. Über die Problematik der zahlenmäßigen Dimension hin-

aus ist das Unternehmen als umfassende Geschichte des Holocaust konzipiert, geographische Zusammenhänge durften deshalb nicht in Analogie zur Situation des damaligen deutschen Herrschafts- und Einflußgebiets aufgelöst werden. Das bedeutete, daß etwa das Schicksal der Juden auf dem Gesamtgebiet der Tschechoslowakei darzustellen war, die Aufgliederung der Betrachtung auf die Territorien Protektorat und Slowakei (bei weiterer Abzweigung des vom Deutschen Reich annektierten Sudetengaus und der an Ungarn gefallenen Gebiete) wäre unbefriedigend gewesen. So ist bewußt in Kauf genommen, daß einige Territorien in verschiedenen Beiträgen (im Falle der Tschechoslowakei gibt es diese Überschneidung mit Ungarn und dem Deutschen Reich) behandelt werden. Das gilt für kleinere und größere Gebietseinheiten, etwa das ostserbische Pirot, das vorübergehend unter bulgarische Herrschaft kam und deshalb sowohl im Beitrag Jugoslawien wie im Kapitel Bulgarien behandelt ist.

Für Italien überschneiden sich 1943 bis 1945 die Bereiche nicht nur für das von Großdeutschland annektierte „Adriatische Küstenland“, das vom Gauleiter und Reichsstatthalter Kärntens verwaltet wurde, und das von Tirol aus regierte „Alpenvorland“, auch mit Jugoslawien gibt es wegen der Insel Rab und der Umgebung Fiume/Rijekas Überlagerungen. Die komplizierten Verhältnisse zwischen Griechenland, Bulgarien und Jugoslawien (Thrazien und Mazedonien) sind bereits erwähnt, in ihrer Konsequenz werden diese Regionen in mehreren Beiträgen behandelt. Weitere Beispiele bieten die Deportationen der Juden von den Inseln Rhodos und Kos. Da sie die italienische Staatsangehörigkeit hatten, werden sie im Beitrag über Italien behandelt, da die Inseln aber geographisch zum griechischen Territorium gehören, finden diese Deportationen auch im Griechenland-Kapitel Erwähnung. Wegen des inneren Zusammenhangs konnte bei wechselnder territorialer Zugehörigkeit die Schilderung nicht unter- oder abgebrochen werden, wie das im Falle Rumänien und Sowjetunion notwendig gewesen wäre, stattdessen wurden lieber Überschneidungen der Darstellung in Kauf genommen.

Ebenso wie die bulgarischen und die jugoslawischen Quellen für Mazedonien geringfügig differieren, finden sich auch für Kos und Rhodos Unterschiede in den italienischen bzw. griechischen Quellen und entsprechend in der jeweiligen Darstellung, ohne daß sich die Widersprüche auflösen ließen. Dasselbe gilt für die Deportation der Juden aus dem bulgarisch annektierten Ostmazedonien/Thrazien, die über den Donauhafen Lom erfolgte. Hier differieren die bulgarischen und die griechischen Angaben um ein Geringes. Diesen methodischen Schwierigkeiten war auf keine Weise zu entkommen.

Weitere Probleme ergeben sich aus den Staatsangehörigkeiten. Sind etwa die 1060 griechischen Juden, die bei Razzien am 5. und 7. November 1942 in Frankreich im Departement Seine verhaftet und deportiert wurden, bei der Bilanz für Griechenland oder bei der Statistik der Opfer für Frankreich zu zählen? Von 76 134 jüdischen Opfern in Frankreich insgesamt hatten nur ein Drittel die französische Staatsbürgerschaft, unter den übrigen zwei Dritteln befanden sich 14 459 Polen, 6 222 Deutsche, 2 217 Österreicher, 3 000 Rumänen usw. Es ist auch nicht möglich festzustellen, wieviele staatenlose und ehemalige deutsche Juden zum Beispiel in den Niederlanden der Verfolgung zum Opfer fielen.

Für das Bestreben, die großen Zusammenhänge deutlich zu machen, die Schwierigkeiten der Quellenlage offenzulegen und die statistische Dimension des Völkermords

in ganz Europa zu umreißen, sind die beschriebenen Probleme aber kein unüberwindliches Hindernis. Es war allerdings Sorge zu tragen, daß Doppelzählungen vermieden wurden. Darauf ist viel Mühe verwendet worden.

Der Definition, wer Jude war, mußte, so bedenklich das vom moralischen Standpunkt aus sein mag, die nationalsozialistische Auffassung zugrunde gelegt werden. Entscheidend für das Ergebnis der Untersuchung ist ja nicht, ob sich der einzelne als Jude (in religiöser, ethnischer, sprachlicher Hinsicht) fühlte, sondern ob er als Jude betrachtet und verfolgt wurde.

Die einzelnen Untersuchungen waren nicht der Ort zur Reflexion der Holocaust-Problematik unter ethischen Gesichtspunkten; das bedeutet auch, daß die Autoren sich nicht mit den Apologie- und Revisionsbestrebungen der rechtsradikalen Literatur auseinandersetzen sollten. Selbstverständlich hatte das Projekt auch nicht den Zweck, irgendwelche vorgegebenen Zahlen („Sechs Millionen“) zu beweisen.

VII.

Die Ergebnisse des Projekts wurden mit zahlreichen Fachgelehrten erörtert. Das Gesamtprojekt wurde im Dezember 1989 in Jerusalem mit der Forschungsgruppe in Yad Vashem diskutiert, die für die Holocaust-Enzyklopädie eigene Berechnungen angestellt hat. Professor Dr. Israel Gutmann, Professor Dr. Otto Dov Kulka und Archivdirektor Dr. Shmuel Krakowski kamen – mit einigen Abweichungen, für die es Erklärungen gibt – im großen und ganzen zu vergleichbaren Ergebnissen. Dank gebührt auch Prof. Dr. Yehuda Bauer (Hebrew University Jerusalem) für die Teilnahme am Meinungsaustausch.

Prof. Dr. Christopher Browning (Pacific Lutheran University, Tacoma, Washington) hat sich der Mühe unterzogen, das Kapitel Polen kritisch zu lesen, auch Prof. Dr. Czeslaw Madajczyk (Warschau) ist für die gründliche Begutachtung dieses Beitrags zu danken. Prof. Dr. Helmut Krausnick hat bis zu seinem Tode seine profunde Sachkenntnis in den Dienst des Projekts gestellt und, ebenso wie Hermann Graml, die Entstehung und Redaktion des Gesamtmanuskripts mit gutem Rat und kritischen Einwänden begleitet. Prof. Dr. H.D. Looock (Freie Universität Berlin) hat als Fachmann für Nordische Geschichte das Norwegen-Kapitel begutachtet, Prof. Dr. Randolph L. Braham (City University New York) hat seine besondere Sachkenntnis dem Beitrag Ungarn zugute kommen lassen. Prof. Dr. Wolfgang Scheffler (TU Berlin) hat dankenswerterweise Auskünfte über die Zahl der Opfer in den Vernichtungslagern auf polnischem Boden beigegeben. Besonderer Dank gebührt schließlich dem Leiter der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg für die Durchsicht der Kapitel Sowjetunion und Polen sowie für die Anregungen, die er den Autoren gab.

Schließlich sind die im Institut für Zeitgeschichte unmittelbar Beteiligten dankbar zu nennen, die sich um die Reinschrift der Texte und Tabellen verdient gemacht haben: Sybille Benker, Reinhilde Staude und Tobias Wunschik sowie Angelika Schardt und Dr. Juliane Wetzels, die dem Herausgeber bei der Redaktion unermüdlich zur Seite standen.

Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus